



EU-NACHRICHTEN



MELDUNG DER WOCHE 3

Weg für Europäische Bürgerinitiative jetzt offen

IM FOKUS 4-5

Weniger Bürokratie in Europa

PANORAMA 8

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

AKTUELL

Haushalt der EU für 2011 gesichert

Nach einem ersten Fehlstart ist der EU-Haushalt für 2011 vom Europäischen Parlament (EP) und den Mitgliedstaaten verabschiedet worden. Der Etat sieht Ausgaben in Höhe von 126,5 Milliarden Euro vor - knapp drei Prozent mehr als im laufenden Haushaltsjahr. Das EP verzichtete auf seine ursprüngliche Forderung nach einer Steigerung um sechs Prozent. „Wir haben länger gebraucht als wir dachten, aber schließlich haben wir es hingekriegt: Die Annahme des Haushaltsentwurfs der Kommission wird ganz Europa in die Lage versetzen, die brennenden Probleme des nächsten Jahres mit mehr Kraft anzugehen“, erklärte Haushaltskommissar Janusz Lewandowski. Ein Kompromiss sieht nun vor, dass die vier nächsten EU-Ratspräsidentschaften - Ungarn, Polen, Zypern und Dänemark - dem Parlament die gewünschten Mitspracherechte zusichern sollen. Damit wurde eine Haushaltsblockade vermieden, die wichtige Vorhaben gefährdet hätte. „Bei Herausforderungen wie Energie, Umwelt, Klima, Handel, Wachstum und Finanzstabilität, die alle am besten auf europäischer, nicht auf nationaler Ebene angegangen werden, war dieser Haushalt unerlässlich, um 2011 mit den notwendigen Werkzeugen zu beginnen“, so Lewandowski. (ur)

Foto: istockphoto, Ricardo De Mattos

Das Team der EU-Nachrichten wünscht seinen Lesern frohe, erholsame und friedliche *Weihnachtstage* und einen *guten Rutsch* ins Jahr 2011.

Die EU-Nachrichten erscheinen wieder am 13. Januar 2011.

SEPA: Einheitlicher Zahlungsverkehr im Euroraum

Eine Nummer für alle Fälle

Spätestens ab 2013 soll der Einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum vollendet sein. Die internationale Kontonummer IBAN wird dann für alle Überweisungen und Lastschriften im gesamten Euroraum gelten. Geringere Kosten und schnellere Zahlungen über alle Grenzen hinweg sind der Lohn.

Die IBAN und BIC sind überfällig. Seit Anfang 2008 kann der Bankkunde sie statt Kontonummer und Bankleitzahl verwenden, auch bei Inlandsüberweisungen. Die wenigsten aber tun es. Im August 2010 liefen nur 9,3 Prozent der Überweisungen im einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) nach dem neuen System. Die ursprüngliche Idee, innerhalb weniger Jahre würde eine kritische Masse der Bankkunden freiwillig zum neuen Verfahren übergehen, funktioniert offenbar nicht. Setzt sich der heutige Trend fort, stellte die Kommission fest, werden wir frühestens in 25 Jahren den einheitlichen EU-weiten Zahlungsverkehr haben.

„Verbraucher brauchen dann nur noch ein Konto, selbst wenn sie nicht in ihrem Herkunftsstaat leben oder arbeiten. Ihre Zahlungen werden schneller, preiswerter

und sicherer“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier. Der Nutzen der SEPA wird in einer Studie immerhin auf über 20 Milliarden Euro im Jahr geschätzt. Deshalb sieht sich jetzt der europäische Gesetzgeber in der Pflicht. Am Donnerstag hat die Kommission vorgeschlagen, ein verbindliches Datum für den Umstieg festzusetzen. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes, dem zuvor Ministerrat und Parlament zustimmen müssen, soll die SEPA-Überweisung alternativlos sein. Ein Jahr später geht dann auch bei Lastschriften ohne IBAN und BIC nichts mehr. Würde das Gesetz wie geplant im Sommer 2011 verabschiedet, gäbe es für Bankkunden ab Sommer 2012 nur noch die Variante der Überweisung: mit der 22 Stellen langen IBAN-Nummer. Für Lastschriften würden sie ab Sommer 2013 verpflichtend.

lesen Sie weiter auf Seite 2

«Verbraucher brauchen dann nur noch ein Konto. Ihre Zahlungen werden schneller, preiswerter und sicherer.»

sagte EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier



Foto: EU-Kommission

Das Prinzip der neuen Nummer nach SEPA-Standard ist einfach: Sie besteht in Deutschland etwa aus einem Länderkürzel „DE“, zwei Prüfziffern, der achtstelligen bisherigen Bankleitzahl und der alten, zehnstelligen Kontonummer. Hinzu kommt die BIC, eine achtstellige Ziffernfolge für das Bankinstitut. Für Konto-Eingaben von Hand auf einem Papierüberweisungsformular oder am Computer wird sich also der Aufwand lediglich um wenige Ziffern erhöhen. In vielen Fällen können Rechner der Bank diesen automatisch ergänzen, so dass der Kunde nichts tun muss.

Derzeit gibt es die nationalen Systeme und das SEPA-System parallel. Die Banken bieten zwar

seit Anfang 2008 neben den vertrauten nationalen Verfahren SEPA-Überweisungen an, aber das Interesse daran blieb hierzulande gering. Etwa 16 Milliarden Überweisungen und Lastschriften jährlich tätigen die Deutschen – mehr als jede andere Nation in der Union. Doch nur 0,4 Prozent der Überweisungen entfallen bisher auf das internationale Format.

Auch viele deutsche Unternehmen hinken bei der Umstellung ihrer ausländischen Konkurrenz hinterher, wie eine Analyse der international tätigen Unternehmensberatung Steria Mummert Consulting im Sommer 2010 zeigte. Besonders vom traditionellen Lastschriftverfahren trennen sich viele nur ungern. Gut jeder zweite Zahlungsvorgang beruht hierzulande auf dem für beide Seiten bequemen Verfahren. Allein die Versicherungen haben 260 Millionen Lastschriftmandate in der Schublade – rechnerisch drei für jeden Bundesbürger. Die Umstellung dieser Millionen Einzugsermächtigungen auf den SEPA-Standard ist zwar ein einmaliger, größerer Aufwand. Die Vereinheitlichung dürfte aber danach große Ein-

sparmöglichkeiten bieten, die den Verbrauchern, Unternehmen und auch den Banken selbst Vorteile bieten. Überweisungen und Zahlungen dürften schneller ablaufen und nicht mehr davon abhängen, ob sie national oder international sind. Das bedeutet, dass Unternehmen größere Sicherheit haben bei ihrer Liquiditätsplanung. Außerdem reduziert sich der Aufwand von Überweisungen, egal, von wo aus sie getätigt werden. Überweisungen sind dann beispielsweise im Urlaub oder bei Auslandsaufenthalten von Studenten vom eigenen Konto aus genauso einfach wie in der Heimat.

Das Europäische Parlament hatte bereits im vergangenen Jahr den 31. Dezember 2012 als verbindlichen Termin gefordert. Die Europäische Zentralbank fordert den verbindlichen Umstieg auf SEPA bei Überweisungen bis Ende 2012, bei Lastschriften bis 2013. Der freiwillige Ansatz, hieß es aus Frankfurt, reiche nicht. (mb)

→ http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_de.htm

SEPA steht für einheitliche Standards und Verfahren

Single Euro Payments Area steht für den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum, dem alle EU-Länder sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, Monaco und die Schweiz angehören. In diesem Raum werden seit Januar 2008 alle Zahlungen wie inländische Zahlungen behandelt. Über 4400 Kreditinstitute bieten bereits die SEPA-Überweisung an.

Bisher hatte jedes Land eigene technische Standards etwa für die Kontonummern-Systematik oder das Datenformat im Zahlungsaustausch. Auch die Zahlungsverfahren selbst waren überall unterschiedlich gestaltet. Mit SEPA kamen einheitliche Verfahren und Standards, mit denen

Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen über alle Grenzen hinweg so effizient, kostengünstig und sicher funktionieren wie bisher nationale Zahlungen. Vor allem aber werden sie enorm beschleunigt.

Zur Steuerung der SEPA-Aktivitäten wurde 2002 der Europäische Zahlungsverkehrsrat (EPC) gegründet, dem die europäischen und nationalen Bankenverbände sowie große Kreditinstitute angehören. Er entwickelte die gemeinsamen europäischen Regeln. Auf nationaler Ebene ist der Zentrale Kreditausschuss (ZKA) unter Mitwirkung der Deutschen Bundesbank in die Entwicklung von SEPA eingebunden.

Neuer Anlauf für EU-Patent

Die EU-Kommission will mit Hilfe der „verstärkten Zusammenarbeit“ einen Patentschutz in der EU ermöglichen. Er würde den Mitgliedstaaten, die dies wünschen, die Schaffung eines Patents erlauben, das nach einem einzigen Antrag erteilt wird und in allen teilnehmenden Ländern gilt. Über Vorschläge der Kommission für ein einheitliches EU-Patent wird seit über zehn Jahren beraten, zuletzt im Juni 2010. Bisher konnte im Rat aber keine Einigung erzielt werden. „Patentanmeldungen sind in Europa eine teure und komplizierte Angelegenheit, die sich nur betuchte Unternehmen leisten können“, sagte Michel Barnier, der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Erfinder ihre Patente wegen der hohen Kosten nur in durchschnittlich fünf der 27 EU-Mitgliedstaaten anmelden und schützen.“

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1714>

Breitband-Zugang verdoppelt

In der EU hat sich der Anteil der Haushalte mit Breitband-Internetanschlüssen in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. 2010 verfügten 61 Prozent der Haushalte in der EU über einen solchen schnellen Internetzugang, gegenüber 30 Prozent im Jahr 2006. In Deutschland lag der Anteil zuletzt sogar bei 75 Prozent. Laut einer Erhebung des EU-Statistikamtes Eurostat hatte Schweden mit 83 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Dänemark mit 80 Prozent, während Rumänien (23 Prozent) und Bulgarien (26 Prozent) die geringsten Anteile aufwiesen.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/193>

Beihilfe für Solarfirma genehmigt

Die Investitionsbeihilfe an die Solarfirma Sovello AG in Sachsen-Anhalt in Höhe von 15,5 Millionen Euro wurde von der EU-Kommission genehmigt. Das Vorhaben mit einem Investitionsvolumen von 147 Millionen Euro soll mindestens 320 neue Arbeitsplätze schaffen. Sovello betreibt bereits zwei Solarmodulfabriken in Bitterfeld-Wolfen, für die es Regionalbeihilfen erhalten hat. Die neue Investition umfasst die Erweiterung der vorhandenen Produktionsstätte durch den Bau einer dritten Fabrik auf angrenzendem Gelände.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1706>

Esten stellen sich auf den Euro ein

Estland bereitet sich darauf vor, am 1. Januar 2011 als 17. Land dem Euroraum beizutreten. Zur Einführung des Euro-Bargelds hat Estland rund 45 Millionen Banknoten und 194 Millionen Münzen geordert. Seit dem 1. Dezember 2010 stehen bei Banken und Postämtern 600.000 Mini-Münz-Sets zum Verkauf, damit sich die Menschen schon vor der Umstellung Euro-Bargeld beschaffen können. Die Esten können ihre Kronen-Bargeldbestände zum offiziellen Umrechnungskurs von 15,6 Kronen zu einem Euro umtauschen. Um den Ängsten der Verbraucher vor Preiserhöhungen zu begegnen, haben Handelsunternehmen zudem eine „Fair-Preis-Vereinbarung“ geschlossen.

→ www.ecb.int/euro/changeover/estonia/html/index.en.html

MELDUNG DER WOCHE + + + + +

Weg für Europäische Bürgerinitiative jetzt offen

Die EU-Kommission begrüßt die Einigung über die Europäische Bürgerinitiative. Sie ermöglicht es den europäischen Bürgern erstmals, neue EU-Rechtsvorschriften direkt anzuregen. Eine solche Möglichkeit sieht bereits der Vertrag von Lissabon vor. „Ich bin erfreut, dass das Parlament und der Rat so schnell eine Einigung über die Bürgerinitiative erzielt haben“, sagte Maroš Šefčovič, Vizepräsident und für interinstitutionelle Beziehungen und Verwaltung zuständiges Mitglied der Kommission. „Die Europäische Bürgerinitiative wird eine völlig neue Form der partizipatorischen Demokratie in der EU einführen.“

Voraussetzung für eine solche Initiative sind eine Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten.

Damit können die Bürger die Europäische Kommission auffordern, Gesetzesvorschläge vorzulegen. Die Organisatoren einer Bürgerinitiative bilden einen Bürgerausschuss, dem mindestens sieben Bürger aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten angehören. Die ersten Initiativen können ab Anfang 2012 anlaufen.

→ http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/citizens_initiative/index_en.htm



Foto: pixelio S, Hofschlager



Weniger Bürokratie

Ein Dokument für ganz Europa

Ärger mit Personenstandsurkunden, teure Anerkennungsprozeduren für ausländische Gerichtsurteile – das passt nicht zum entwickelten Binnenmarkt. Die Kommission will den Bürokratieaufwand für das Leben und Arbeiten in anderen EU-Ländern weiter senken.

Michalis aus Zypern möchte in Helsinki seine finnische Freundin heiraten. Dazu braucht er ein Ehefähigkeitszeugnis, doch wer soll ihm das ausstellen? Das zypriotische Recht kennt ein solches Dokument nicht – eine Bürokratiezwickmühle nach 60 Jahren europäischer Integration. Auch wenn es selten so schlimm kommt: Der bürokratische Aufwand für EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrer Heimat leben, ist belastend genug.

In zwei diese Woche veröffentlichten Berichten zeigt die Kommission Wege auf, um den Binnenmarkt durch bessere rechtliche Zusammenarbeit zu stärken. Die zwölf Millionen EU-Bürger, die in anderen Mitgliedstaaten leben und arbeiten, sollen ihre EU-Bürgerrechte einfacher ausüben können. Außerdem möchte die Kommission Unternehmen den Umgang mit

der Zivilrechtssprechung anderer EU-Staaten erleichtern. Beides hilft ganz praktisch, den Binnenmarkt mit Leben zu erfüllen und wirtschaftliches Wachstum zu fördern.

Unnötiger Aufwand

Dass Bürger nach einem Umzug oft Urkunden aus ihrem Herkunftsland vorweisen müssen, ist nicht zu ändern – Jobaufnahme, Eheschließung oder Scheidung, Geburt und andere Lebensereignisse verlangen den behördlichen Segen. Nicht zwingend ist, dass von Behörden anderer EU-Staaten ausgestellte Urkunden übersetzt und oft beglaubigt werden müssen. Das kostet Nerven, Zeit und meist auch Geld. Die Kommission will solche Beschränkungen der Freizügigkeit abschaffen. „Der europäische Binnenmarkt beschränkt sich nicht auf die Beseitigung der Hindernisse für den

Waren- und den Dienstleistungsverkehr – er soll auch dem Bürger das Leben erleichtern, vor allem wenn er innerhalb der EU umzieht“, so Viviane Reding, die für Justiz zuständige Vizepräsidentin der Kommission.

Der Rat hatte die Kommission 2009 um Prüfung gebeten, wie zivilrechtliche Dokumente EU-weit anerkannt und auf Beglaubigungen von Urkunden zwischen den Mitgliedstaaten verzichtet werden könnte. Das jetzt vorgelegte Grünbuch zeigt die Möglichkeiten auf. Nun ist die Meinung der Bürger dazu gefragt. So könnten europaweite einheitliche Formulare für die gebräuchlichsten Personenstandsurkunden in allen Sprachen Beglaubigung und Übersetzung überflüssig machen. Einfacher wäre es, die Personenstandsurkunden gegenseitig einfach anzuerkennen.

Auch Heiraten soll einfacher werden. Die EU-Kommission dringt auf die internationale Anerkennung von Urkunden und Dokumenten



Fotos: pixello, Johanna Bieber, Dieter Schütz, Peter Kirchhoff





GRENZENLOSES eGOVERNMENT

Bürger und Unternehmen sollen es leichter haben – in diese Richtung zielt auch der eGovernment Action Plan 2011–2015“, den Neelie Kroes, Kommissarin für die Digitale Agenda, am Mittwoch auf den Weg brachte. Ab 2015 soll eine Reihe grundlegender grenzübergreifender öffentlicher Dienste online zur Verfügung stehen. Über das Internet wird es beispielsweise möglich sein, von jedem EU-Land aus ein Unternehmen anzumelden, Sozialversicherungs- und Gesundheitsleistungen zu beantragen, sich an einer Hochschule einzuschreiben oder an Ausschreibungen öffentlicher Verwaltungen teilzunehmen. Ab 2015 sollen 50 Prozent der EU-Bürger und 80 Prozent der Unternehmen elektronische Behördendienste in Anspruch nehmen. Der eGovernment Action Plan, der ein wesentlicher Bestandteil der Digitalen Agenda für Europa ist, sieht dazu in den nächsten fünf Jahren 40 Maßnahmen vor. Verstärkter Einsatz der Informations- und Telekommunikationstechnik soll nachhaltiges und innovatives Handeln der Behörden fördern. Elektronische Behördendienste, so die Kommission, tragen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Europas bei und ermöglichen es, öffentlichen Verwaltungen in einer Zeit knapper Mittel bessere Dienstleistungen kostengünstiger zu erbringen.

→ http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/action_plan_2011_2015/index_en.htm



Lange Warteschlangen dürften durch den Bürokratieabbau seltener werden

2013 will die Kommission Gesetzesvorschläge unterbreiten.

Eine kleine rechtliche Revolution

Ihre rechtliche Zusammenarbeit müssen die Mitgliedstaaten auch im Interesse der Wirtschaft verbessern. Wer grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen hat, kann es mit den Gerichten anderer Mitgliedstaaten zu tun bekommen. „Ich verfolge das Ziel, dass bis zum Jahr 2013 gerichtliche Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen wirksam, zügig und kostengünstig in der gesamten EU vollstreckt werden können“, sagte Viviane Reding und spricht von einer „kleinen rechtlichen Revolution“.

Damit würden auch die so genannten Exequatur-Verfahren überflüssig. Diese sind bislang

nötig, weil ein etwa in Polen erstrittenes Urteil nicht automatisch auch in Deutschland, Frankreich oder Portugal gültig ist. Dort muss erst ein Gericht die Gültigkeit des Urteils bestätigen. „Mühsam, bürokratisch, altmodisch“ – nennt das Viviane Reding. Damit der grenzenlose Binnenmarkt auch vor Gericht funktioniert, will die Kommission auch die Gerichtsstands- und Schiedsvereinbarung in den Verträgen stärken, die gerne durch missbräuchliche Klagen unterlaufen werden. (mb)

Bis Ende April 2011 kann sich jeder über das Internet zu den Vorschlägen äußern:

→ http://ec.europa.eu/justice/news/consulting_public/news_consulting_0008_en.htm



**FOR DIVERSITY
AGAINST
DISCRIMINATION**

www.stop-discrimination.info

AUSZEICHNUNG

EUROPÄISCHER JOURNALISTENPREIS

Die Journalistin Ruth Lemmer ist mit ihrer Reportage über den demografischen Wandel in Unternehmen die nationale Gewinnerin des diesjährigen Europäischen Journalistenpreises. Der in der „Wirtschaftswoche“ erschienene Siegertext dokumentiert die Bemühungen einer Reihe von Unternehmen, den demografischen Wandel in der Gesellschaft abzufedern und stellt verschiedene Lösungsansätze vor. Lemmer erhält ein Preisgeld von 1.000 Euro und nimmt am europäischen Wettbewerb der 27 nationalen Sieger teil. Wegen der Vielzahl qualitativ hochwertiger Beiträge entschloss sich die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, zwei Sonderpreise im Wert von jeweils 500 Euro zu stiften. Matthias Wolf erhielt ihn für seine in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienene Reportage „Rollis müssen draußen bleiben“ sowie Christian Witt für seinen Text „Mit Zuckerbrot und Pfeife“ im „Focus“. Der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Matthias Petschke, betonte bei der Preisverleihung: „Die Medien können bei der Bekämpfung von Diskriminierung, Vorurteilen und Stereotypen eine wichtige Rolle spielen, indem sie über diese Themen berichten.“

→ <http://journalistaward.stop-discrimination.info>

ONLINE-KONSULTATION

ZUKUNFT DER KULTURHAUPTSTÄDTE EUROPAS

Wie soll die Zukunft der Kulturhauptstädte Europas aussehen? Was bringt der Titel Kulturhauptstadt für ihre Einwohner? Wonach sollten sie ausgewählt werden? Bis zum 12. Januar 2011 sind Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Behörden aufgerufen, sich an der Online-Konsultation zu beteiligen.

→ http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc2966_de.htm

PUBLIKATION

„DIE HOFFNUNG DER KAYAKOS“

Die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission hat Lesebücher für Kinder veröffentlicht. „Die Hoffnung der Kayakos!“ beschreibt auf anschauliche Weise, wie die grünen Tropenwälder der Erde durch unseren immensen Bedarf an Holz und Ackerland in braune Wüsten verwandelt werden. Der Kontrast zwischen der Ödnis der früheren, von Maschinen zerstörten Heimat des Kayakos-Stammes und dem Artenreichtum seines neuen Siedlungsgebietes tiefer im Regenwald wird aus der Sicht eines Stadtjungen beschrieben, der die Region bereist. Er kehrt mit dem festen Entschluss nach Hause zurück, die Menschen dazu zu bringen, ihre Lebensgewohnheiten zu ändern. Das Buch ist in allen 22 EU-Sprachen verfügbar und kann kostenlos auf der Seite des EU-Bookshops bestellt werden.



→ http://ec.europa.eu/environment/youth/pdf/hope_kayakos/ENV09039_children_book_de.pdf

VERBRAUCHER UND EU

NEUE ENERGIETABELL

Die neuen Regeln für die EU-Energielabel für Fernseher, Kühlschränke, Waschmaschinen und Geschirrspüler treten am 20. Dezember 2010 in Kraft. Zunächst auf freiwilliger Basis werden sie im Dezember 2011 verbindlich. Die Energie-Etiketten helfen dem Verbraucher, die energieeffizientesten Geräte auszuwählen und Geld zu sparen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Energieklassen A bis G gibt es nun auch A+ bis A+++.

SCHNELLWARNSYSTEM FÜR SPIELZEUG

Gefährliche Weichmacher, zu viel Blei oder einfach schlechte Verarbeitung: Gefährliche Verbrauchsgüter, also auch Spielzeug können dem EU-Schnellwarnsystem RAPEX von Kontrolleuren aus den Mitgliedstaaten gemeldet werden. Das Schnellwarnsystem veröffentlicht wöchentlich eine Liste mit diesen Produkten. Was beim Kauf von Kinderspielzeug beachtet werden sollte, ist in einer Broschüre zusammengefasst. Die Broschüre steht online auf der Seite von RAPEX zur Verfügung.

→ http://ec.europa.eu/consumers/safety/projects/docs/leaflet_toy_safety_tips_de.pdf

TERMINVORSCHAU BIS 19.1.2010

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
27.12.2010 14.00 Uhr	Informationsveranstaltung „ Europäische Bürger-sprechstunde “ Veranstalter: Europe Direct Bürgerbüro Bad Hersfeld	Infopoint im ITZ Fulda Am Alten Schlachthof 4 36037 Fulda	www.europa-osthessen.de
28.12.2010-4.1.2011	Konferenz „ Die Welt bewegen “ Auftakt des Europäischen Jahres des „freiwilligen Engagements“ Veranstalter: Internationales Haus Sonnenberg	Internat. Haus Sonnenberg Clausthaler Str. 11 37444 St. Andreasberg	www.sonnenberg-international.de
10.1.2011 20.15 Uhr	Vortrag „ Rumänien nach 1989: Revolution, Transformation, Integration “ Veranstalter: West-Ost-Gesellschaft Südbaden e.V.	Kollegiengebäude I der Uni Platz der Universität 3 79098 Freiburg	www.studiumgenerale.uni-freiburg.de
11.1.2011 18.15 Uhr	Vortrag „ Transcultural writings: Literary contextualizations of historical borderlands in Polish literature after 1989 “ im Rahmen der Veranstaltungsreihe Borderlands: Imagined Spaces Veranstalter: Ernst Moritz Arndt Universität Greifswald	Audimax, HS 2 Domstraße 9a 17487 Greifswald	www.uni-greifswald.de
11.1.2011 19.30 Uhr	Vortrag „ Wie stark ist die EU in der Welt? “ Veranstalter: Volkshochschule Osnabrück in Kooperation mit dem Jean-Monnet-Centre of Excellence in European Studies Osnabrück	Vortragssaal der Volkshochschule Osnabrück Bergstraße 8 49076 Osnabrück	www.jmce.uni-osnabrueck.de
13.1.2011 14.00 Uhr	Seminar „ Migration in und nach Europa – Wer soll kommen, wer darf bleiben? “ Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung e.V.	Gasthaus Lohgarten Hilpoltsteiner Str. 28 91154 Roth	www.hss.de
13.1.2011 14.30 Uhr	Vortrag „ Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilligendienst “ Veranstalter: Agentur für Arbeit Landshut	Agentur für Arbeit Landshut Leinfelderstr. 6 84034 Landshut	www.arbeitsagentur.de
13.1.2011 19.30 Uhr	Vortrag „ Wie sicher ist der Euro? “ Veranstalter: Hanns-Seidel-Stiftung e.V.	Alte Halle Fürholzer Weg 7 85375 Neufahrn bei Freising	www.hss.de
15.1.2011 10.00 Uhr	Messe „ JUBi - Die Jugendbildungsmesse “ Messe für Schüleraustausch, High School, Sprachreisen, Praktika, Au-Pair, Work & Travel und Freiwilligendienste Veranstalter: weltweiser - Der unabhängige Bildungsberatungsdienst	Rosa-Luxemburg-Oberschule Eingang Neumannstraße Borkumstraße 13189 Berlin	www.weltweiser.de
17.-19.1.2011	Konferenz „ Die Donaunraumstrategie der Europäischen Union “ Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.aei-ecsa.de
17.1.2011 19.00 Uhr	Lesung „ Euregio-Schüler-Literaturpreis 2011 “ Veranstalter: Deutsch-Französisches Kulturinstitut Aachen	Ludwig Forum Jülicher Straße 97-109 52070 Aachen	www.institut-francais.fr
19.1.2011 9.30 Uhr	Informationsveranstaltung „ Von kohlenstoffarmer Wirtschaft bis offene Innovationen “ – Fördermöglichkeiten für IKT Produkte und Dienstleistungen in Europa Veranstalter: Enterprise Europe Network in der Berlin Partner GmbH	Ludwig Erhard Haus Fasanenstr. 85 10623 Berlin	www.eu-service-bb.de

Die EU-Nachrichten können Sie kostenlos online abonnieren: www.eu-kommission.de

IMPRESSUM

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Leitung: Matthias Petschke (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Vertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Vertretung in München:

Erhardtstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Hubert Beyerle (hb), Michael Bechtel (mb), Franziska Bornefeld (fb), Annette Conrad • Thomas und Roth (GbR) Presse & PR
Bülowsstraße 66 Aufgang D3 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 23 21 35 • Fax: 030-21 23 21 37 • info@thomas-ppr.de • www.thomas-ppr.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.

Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

© Europäische Kommission, 2010

Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Freiwillig. Etwas bewegen!

Nachhilfeunterricht für benachteiligte Kinder, Betreuung eines Nachbarschaftstreffe im Stadtteil oder das Training der heimischen Fußballmannschaft: All diese Aufgaben übernehmen oftmals Freiwillige – in Deutschland engagiert sich immerhin jeder Dritte in seiner Freizeit. Um dieses bürgerschaftliche Engagement in den Vordergrund zu rücken und mehr Bürger zum Mitmachen aufzufordern, hat die EU-Kommission 2011 zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF 2011) ausgerufen.

Ehrenamtliches Engagement hat viele Gesichter: Betreuung von älteren Menschen (links). Ein Senior spielt mit seinem „Ersatzenkel“ Schach



Fotopixelio, Rainer Sturm, ap-Fotos

Keine Gesellschaft kommt ohne die Arbeit von Freiwilligen aus. Sie bietet für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung viele Möglichkeiten, die allerdings oft nicht voll genutzt werden. Durch das Europäische Jahr 2011 erhalten die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, lokale und regionale Behörden sowie Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft Unterstützung und Förderung. Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt in der EU werden verbessert, zum Beispiel für den Europäischen Freiwilligendienst, der den internationalen Austausch von jungen Menschen organisiert. Auf europäischer Ebene ist unter anderem eine Tour durch die 27 Mitgliedstaaten der EU geplant. Auf jeder Station werden Freiwillige ihre Arbeit vorstellen und



mit Politikern, Experten und dem Publikum über Zukunftsfragen diskutieren. 27 junge Journalisten aus den Mitgliedstaaten begleiten die Tour. Sie produzieren Video- und Audioclips und Artikel, die in Medien und auf der EJF 2011-Webseite veröffentlicht werden. Im Oktober 2011 macht die Tour in Deutschland halt.

In Deutschland ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die nationale Koordinierungsstelle. Sie tauscht sich regelmäßig mit anderen Koordinierungsstellen und der EU-Kommission über die Aktivitäten in den 27 Mitgliedstaaten aus. Die praktische Umsetzung übernimmt die Geschäftsstelle EJF 2011 bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohl-

fahrtspflege. EU-Mittel in Höhe von zwei Millionen Euro stehen für vorbereitende Maßnahmen und acht Millionen für das Jahr selbst zur Verfügung. (fb)

AKTIONEN UND INFORMATIONEN ZUM EUROPÄISCHEN JAHR 2011

58. Europäischer Wettbewerb 2011
 → www.europaeischer-wettbewerb.de
Teilnahmefrist (je nach Bundesland):
 1.-15. Februar

21. Februar 2011 **Nationale Auftaktveranstaltung zum Europäischen Jahr 2011**

16.-25. September 2011
Woche des bürgerschaftlichen Engagements

7. Oktober 2011
Stopp der EJF 2011-Tour in Berlin

Webseite zum Europäischen Jahr 2011
 → <http://europa.eu/volunteering/de>

Engagiert in Deutschland
 → www.engagiert-in-deutschland.de

Bundesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement → www.b-b-e.de